

Alfred Bellebaum/Hans Braun/
Elke Groß (Herausgeber):
Staat und Glück. Politische
Dimensionen der Wohlfahrt,
Westdeutscher Verlag Opladen 1998,
271 S. (49,80 DM)

Der Titel des Bandes ist ernst gemeint. Gleichwohl fällt es schwer, über das Thema keine Satire zu schreiben. Jedenfalls ist das Unglück unübersehbar, das die Staaten aller Sorten ihren eigenen Bewohnern und denen anderer Länder gebracht haben. Mit Glück ist es schon komplizierter.

Hier handelt es sich um die Ergebnisse einer Konferenz über die politische Herstellbarkeit von Glück, die von dem 1990 als eingetragener Verein gegründeten und 1991 vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannten »Institut für Glücksforschung« an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar, der Societas Apostolatus Catholici zugehörig, stattfand. Die zehn abgedruckten Referate zeichnen sich allesamt durch wissenschaftliches Niveau aus, sind zudem material-, argumenten- und literaturreich gestaltet. Eine Fundgrube. Sie betreffen die Glücksverpflichtungen des Staates (M. Prisching), das Menschenrecht auf Glück (H. Mandt), die staatliche Garantie des Strebens nach Glück (H. Mandt), Cassirers Auffassung zu Staat und Glück (R. Waßner), Ausmaß und Probleme des Sozialstaates (H. Braun), zum Glanz des Glücks deutscher und europäischer Einigungen (E. Pankoke), die Abgabenbelastung und deren Ungereimtheiten (K.-D. Diller), die Abgabengerechtigkeit (J. G. Backhaus; R. Hansen), die Rolle des Staates bei der Einkommens- und Vermögensverteilung (M. Albrecht/E. Groß).

Man vermißt in den Beiträgen (oder als Ex-thrathemen) die Relationen von Arbeit und Glück, von Armut und Glück, von Frieden und Glück sowie von Utopie und Glück. Die Autoren hätten gut daran getan, sich mehr den Erscheinungsformen und Ursachen von Unglück zuzuwenden. Das dürfte leichter und erfolgversprechend sein; Glück läßt sich nämlich nicht universalisieren, wohl aber Unglück. Negativer Utilitarismus, auf Vermeidung oder Verminderung menschlichen Elends zielende Staatspolitik ist vermutlich das Ma-

ximum des vernünftigerweise gesellschaftlich Anzustrebenden.¹

Die Autoren waren klug beraten, gar nicht erst auf die jahrhundertealte Idealistenthese einzugehen, daß das Glück eines Menschen der Lohn für seine Tugend, sein Unglück aber die Strafe für seine Sünden sei. Eine Difinition dessen, was er oder sie unter »Glück« versteht, hätte man allerdings erwarten dürfen. Daß Glück etwas mit erfüllten Wünschen, befriedigtem Begehren des individuellen Menschen zu tun hat, ist wohl unbestreitbar, aber auch, daß der Glückszustand immer ein vorübergehender ist.

Einen konzeptionellen Fehler begehen m.E. alle Autoren, indem sie den Sozialstaatbegriff, wie ihn das Grundgesetz (Art. 20, 23 und 28) zum irreversiblen Verhaltensstandard Deutschlands und der Europäischen Union erklärt, mit dem Wohlfahrtsstaatsbegriff gleichsetzen. Von letzterem läßt sich gewiß sagen, daß ihm das Glücksvermittlungsprinzip eignet. Aber genau dagegen hat bereits das deutsche Aufklärungsdenken die Sturmglocke geläutet. Daß die Regierung sich einbilde, für das moralische und physische Wohl und Glück der Nation sorgen zu müssen und zu dürfen, halte er für den ärgsten Despotismus, schrieb Wilhelm von Humboldt 1792 in der Berlinerischen Monatsschrift, und Immanuel Kant benutzte ein Jahr später an gleicher Stelle für das gleiche Problem dasselbe Vokabular.²

Sozialstaatlichkeit ist, jedenfalls nach der normativen Vorgabe des Grundgesetzes wie Rechtsstaatlichkeit auch eine Eigenschaft von Demokratie, und Demokratie, also Selbstbestimmung des Volkes, ist das genaue Gegenteil einer Fremdbestimmung des Volkes durch die Obrigkeit, grade wenn es um das Wohl des Volkes und das Glück der Menschen geht. Hinter der moralischen Besserwisseri einer Regierung, was den Bürgern gut tut, verbergen sich ohnehin die materiellen Interessen der sogenannten politischen Klasse. Welfarecapitalism hat sich oft schon zum warfarecapitalism gemausert. Ein Sozialismus, bei dem sich ein Politbüro zu wissen einbildet, worin das Glück »unserer Menschen« besteht, ist eben keiner.

Sozialstaatlichkeit, und hier hat die 68er Generation ihre gesetzgeberischen Spuren hinterlassen, soll jedoch dazu beitragen,

»gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen« – so heißt es im § 1 des Allgemeinen Teils des Sozialgesetzbuches der Bundesrepublik von 1975, ein, zugegebenermaßen, nahezu vergessener Gesetzestext. Auch von den Referenten der Tagung.

Gerade weil die hier wiedergegebenen Referate von Wissenschaftlern, an deren sozialem Engagement nicht zu zweifeln ist, durch ideenhistorische wie durch soziologische Analysen glänzen, ist es notwendig, einer Diskreditierung des Sozialstaatgedankens als totalitär durch Politiker vorzubeugen, denen in Wahlkampfzeiten keine andere Losung einfiel als »Freiheit statt Sozialismus«. Es war übrigens Jeremy Bentham, der »the greatest happiness of the greatest number« zu einer Verfassungsnorm zu machen vorschlug, jedoch in einem Kodex der »liberal (!) opinions« zu enthalten beanspruchte.³

HERMANN KLENNER

1 Vgl. Artur Kaufmann: Rechtsphilosophie, München 1997, S. 176 f.

2 Vgl. Wilhelm von Humboldt: Menschenbildung und Staatsverfassung, Freiburg/Berlin 1994, S. 14, 327 f.; Immanuel Kant: Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, Berlin 1988, S. 261, 413, 503.

3 Jeremy Bentham: The Collected Works, Bd. 1, Oxford 1983, S. 18.

Joschka Fischer:

Für einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Eine politische Antwort auf die globale Revolution,

Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln

1998, 1. Aufl. 338 S. (39,80 DM)

Oskar Lafontaine/Christa Müller:

Keine Angst vor der Globalisierung.

Wohlstand und Arbeit für alle,

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn

1998, 352 S. (28,00 DM)

Pünktlich im Wahlkampfjahr legen Politiker des linken Lagers zwei spannende Bücher vor. Leider ist zu befürchten, daß sie nicht in ihrem Gesamtansatz komplett politikwirksam werden. Dazu sind ihre Parteien – die Bündnisgrünen und die SPD – selbst zu uneinheit-

lich, nicht wenig in den dargestellten Ansätzen zur Verhandlungsmasse in Koalitionsverhandlungen degradierbar. Nicht zuletzt sind beide Bücher und ihre Konzepte Ausdruck für die vielen Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede eines potentiellen Koalitionsduos Rosa-Grün. Aber es sind Ansätze, die auf Positionen schließen lassen, die für einen politischen Neuanfang in Deutschland durchaus Hoffnung gestatten, zumal die Hauptautoren – Joschka Fischer und Oskar Lafontaine – in ihren Parteien politisches und inhaltliches Gewicht besitzen. Lafontaine hat zudem von der Zusammenarbeit mit Christa Müller, seiner Ehefrau und wissenschaftlichen Ideengeberin, sichtbar profitiert.

Bei aller Ähnlichkeit der Ansprüche sind doch zwei sehr unterschiedliche Bücher herausgekommen. Während F. ein Denkbuch mit vielen offenen Fragen bietet, haben L.-M. die Regierungsübernahme und die notwendigen Schritte, diese Regierung wirksam werden zu lassen, im Blick. Während F. der politischen Linke verständlich bleiben will und mehr als einmal auch Marx für die heutige Gesellschaftsanalyse bemüht, verzichten L.-M. auf derartige Bezüge. Sie visieren auch die Mitte der Gesellschaft an, die sie ebenso als Verlierer der Globalisierung und so als potentielle Wähler begreifen. Während F. bei seinem Buch – der Globalisierung gewidmet – denn doch stark deutschem Boden verhaftet bleibt, suchen L.-M. immer wieder den Zugang zu gleichlaufenden Prozessen in Westeuropa. Ihnen schweben die neuen Politikmöglichkeiten in Frankreich und Großbritannien vor, sichtbar mit der Hoffnung auf gemeinsames Handeln. In ihrem Konzept spielt möglicherweise auch deshalb die Suche nach internationalen Regulierungen – gerade bei der sozialen Beherrschung der Globalisierung – eine besondere Rolle. Eigentlich entgegen den Erfahrungen in der EU erwarten sie tragfähige Vereinbarungen im Ergebnis entsprechender Verhandlungen. Dafür bleibt der Blick beider für die innere Differenz des eigenen Landes merkwürdig schwach. Natürlich werden die Fehler der Bundesregierung beim Aufbau der »blühenden Landschaften« ausgiebig gewürdigt, aber sonst spielen die östlichen Bundesländer und mögliche, gerade dort anzusiedelnde Alternativkonzepte keine Rolle.

Beiden Ansätzen ist der betont realistische, politikumsteuernde Zugriff auf die bundesdeutsche Wirklichkeit gut bekommen. Damit sind sie kaum von utopischen Überschüssen geprägt – was sicher auch kritisch anzumerken ist. Sie konzentrieren sich auf die als aktuell erkannte Aufgabe, einen Macht- und Politikwechsel in Deutschland zu erreichen. Für diesen Politikwechsel gegen den vorherrschenden Neoliberalismus wird argumentiert und Konturen einer alternativen Politik mehr (L.-M.) oder weniger (F.) entwickelt. Das ist nicht der große Wurf für eine sozialistische Bundesrepublik, aber für eine andere, soziale und umweltfreundlichere Republik allemal. F. reduziert es auf die Frage: »Steht Europa mit der Globalisierung vor einer neuen Ära der Ungleichheit durch zunehmend extremer werdende Einkommensunterschiede, oder gelingt es, den rheinischen Kapitalismus, jenen westeuropäischen Dreiklang von Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat, unter den neuen Bedingungen des Globalismus ohne Aufgabe des Sozialen zu restrukturieren und dadurch zukunftsfähiger zu machen?« (F./16)

Ausgangspunkt beider ist die Analyse der westlichen Gesellschaften in Zeiten der Globalisierung, die selbst als Begriff jedoch recht unscharf bleibt und als gegeben hingenommen wird. F. fragt besorgt, was »eigentlich eine hochproduktive demokratische Gesellschaft unter den Bedingungen des Globalismus weiter friedlich zusammen(hält)« (F./28)? L.-M. bewegt, »ob die deutsche Demokratie bereits gefestigt genug ist, um ein hohes Maß an Ungleichheit in der Gesellschaft auszuhalten« (L.-M./45)

Dabei differieren die Zugänge durchaus. Für F. ist die Globalisierung als »globale Revolution«, ja als »kapitalistische Weltrevolution« (S. 149) Realität. Er sieht in ihr weniger die einfache Internationalisierung als die »zunehmende Autonomisierung der Finanzmärkte« und damit zugleich verbunden, die »Tertiärisierung der reifen Volkswirtschaften« durch ihre Umstrukturierung zu Lasten der Industrie, aber auch »die innergesellschaftliche Individualisierung der Lebensentwürfe und -stile« sowie eine demographische Revolution mit ihren Wirkungen auf die Altersstruktur der Gesellschaft (F./33-34). L.-M. wollen das so nicht gelten lassen. Sie beobachten natür-

lich auch einen globalisierten Finanzmarkt, sie heben die Rolle der regionalisierten Warenmärkte hervor, die in Europa oder Amerika »in weitgehend geschlossenen Volkswirtschaften« funktionieren (L.-M./16). Darum entlarven sie die »Globalisierung (als) die meist gebrauchte Ausrede für das Versagen der deutschen Wirtschaftspolitik« (L.-M./16-17). Beiden ist unstrittig, daß die Globalisierung zur Metapher realer Krisenprozesse geworden ist. Bemerkenswert ist F.s Hinweis auf den unmittelbaren Zusammenhang mit der Vereinigungskrise, die dafür sorgte, daß Deutschland verspätet, aber dafür um so heftiger von den Verwerfungen in der Wirtschafts- und Sozialentwicklung betroffen wurde.

Gegen diese Entwicklung, die Dominierung des betriebswirtschaftlichen, gewinnorientierten Ansatzes anstelle einer ausgewogenen und auf sozialen Ausgleich bedachten Wirtschaft und Politik wollen sie durch eine Rückkehr zu einem aktiv handelnden, die Gesellschaft beeinflussenden Staat gegensteuern. Naturgemäß kann dieses etwas staatsgläubige Herangehen wundern, zumal bei F. als 68er. Als Reaktion auf die Staatsfeindlichkeit des Wirtschaftsliberalismus ist es nur zu verständlich. Nicht zuletzt weist dieser Etatismus aber auch auf die Grenzen der bisherigen Staatskritik der Linken hin. An die Stelle des Staates mit seinem Steuerungspotential, seiner Möglichkeit gesetzliche Rahmen zu setzen, wurde bislang noch nichts anderes gestellt. Natürlich geht es nicht um die Rückkehr zu einem Planwirtschaftsansatz unseligen Angedenkens. L.-M. entwickeln aber durchgängig die Blaupause eines Regierungsprogramms, wie durch die Herstellung eines »verlässlichen, sozialen Ordnungsrahmens« in Gestalt der »Wiederherstellung einer funktionierenden sozialen Sicherung und die Zurückgewinnung des Vertrauens der Bevölkerung« (S. 287), durch eine gezielte Beschäftigungspolitik und die notwendige Absicherung mit einer entsprechenden Finanz- und Geldpolitik ein Kurswechsel erreicht werden kann. Besonders F. – geprägt durch die Furcht, daß ein zu positives Verständnis eines linken Etatismus sich ins Gegenteil verkehren könnte – möchte bei aller Rückkehr zur Sozialstaatlichkeit letztlich doch den »Rückzug des Staates aus dem

sozialen Raum«, um »neue Gestaltungsspielräume« zu öffnen. Zivilgesellschaftliche Strukturen sollen diesen Raum ausfüllen und so die Schwachstellen des Staates (Anonymität, Bürokratisierung) ausgleichen (F./172).

Gemein ist beiden das Bekenntnis zu einer Ökologisierung der Wirtschaft, dem Einleiten eines ökologischen Umbaus. Die »ökologische Dienstleistungsgesellschaft« solle dazu die Chance bieten (L.-M./148). Auffällig ist die deutlich unterschiedliche Akzentsetzung. Für L.-M. kann dieses Ziel nur durch Wachstum, ökologisch verträglich erreicht werden. F. ist in dieser Hinsicht weitaus skeptischer.

Einig sind sich die Autoren wiederum in der Erkenntnis, daß die Wiedergewinnung des Sozialstaats auch eine Stärkung des Nationalstaates, ja sein wichtigstes identitätsstiftendes Kriterium ist. Beide sind für einen nationalstaatlichen (im Rahmen der EU gewünschten) Ausbruch aus den Zwängen einer wild gewordenen Weltökonomie. Sie stimmen überein, daß der Abbau des Sozialstaates gestoppt werden muß, auch wenn hier L.-M. stärker auf die Rückkehr zu Bewährtem und F. mehr auf die Suche nach neuen, die Eigenverantwortung der Bürger einbeziehende Wege abhebt.

Zumindest in drei Punkten wird allerdings die ganze Offenheit der Suche nach neuen Wegen deutlich. *Zum ersten* erkennen beide Ansätze die Notwendigkeit einer Überprüfung der derzeitigen Verteilung des Reichtums. Steuerreformen und mehr Gerechtigkeit werden als unverzichtbar angesehen, auch Ökosteuern sollen hier ihren Platz haben. Aber weder Radikalität in der Umverteilung von oben nach unten noch die Suche nach einer ausgewogeneren Verteilung auch innerhalb der Normalverdiener werden diskutiert. Nur F. erinnert sich, daß die Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag auch die nach der Verteilung und dem Eigentum sei (F./264)

Zweitens bleibt der Weg zum gewünschten neuen Sektor einer mehr oder minder sozial ausgerichteten, wohl öffentlich geförderten Beschäftigung vage. Ein solcher Sektor, der gerade die sozialen Dienstleistungen verbessern soll, wird gewünscht. Nachfrage wird allerdings a priori vorausgesetzt, ohne daß über konkrete Anschubfinanzierungen und andere Sicherungsmechanismen ausreichend nachgedacht wird.

Drittens schließlich spielt die demokratische Verfaßtheit unserer Gesellschaft eine unerwartet geringe Rolle. Klingen noch Ideen einer stärkeren Demokratisierung der Produktion an, fordern gar L.-M., daß es »an der Zeit (ist), daß Demokratie in die deutschen Unternehmen einzieht« (L.-M./236), so sind ansonsten innovative Vorstellungen nicht ausgeprägt. Das bestehende parlamentarische System wird nicht in Frage gestellt, die Notwendigkeit breiterer demokratischer Mitgestaltungsmöglichkeiten von Betroffenen für einen gewünschten Politikwechsel sind nicht Gegenstand.

Es ist zu fürchten, daß sich die potentiellen rosa-grünen Koalitionäre wundern werden. Berechtigt stellen sie gegen das neoliberale Ende der Geschichte ihre notwendige Gestaltbarkeit. Nur, Regierungsprogramme für neue Politikansätze können alsbald steckenbleiben. Der bestehende Parlamentarismus scheint nicht unbedingt geeignet, tatsächlich auch den Souverän zu dauerhaften Partnern und Gestaltern sozialer Wandlungen zu machen. Selbstkritisch vermerkt F.: »Die Kontroverse um den grünen Benzinpreis ... macht ... klar, daß die soziale Akzeptanz und damit die Mehrheitsfähigkeit in einer Demokratie für die Durchsetzbarkeit alles ist. Ihr wird man, im wohlverstandenen Eigeninteresse, ein wesentlich größeres Augenmerk zuwenden müssen.« (F./10) Der Verweis allein auf die Zivilgesellschaft dürfte nicht ausreichen, zumal die angeführte Krisenhaftigkeit von Globalisierung und Neoliberalismus möglicherweise weit ambivalenter sind als dies der Linken recht sein mag. Gerade der Blick auf die linken Regierungsnachbarn in Frankreich und noch mehr in Großbritannien zeigt, daß manch neoliberale Gedankengut bereits so tief im anderen politischen Lager angekommen ist, daß es nur schwer ausrottbar erscheint. Das läßt sich zudem schon in den vorliegenden deutschen Ansätzen ablesen.

»Die Globalisierung schreit gewissermaßen nach politischer Ökonomie und nicht nach einer Verabschiedung der Politik aus der Ökonomie ... Karl Marx wird deshalb wieder modern, weil der westliche Kapitalismus in seine Vergangenheit zurückfällt.« (F./162) Für Fischer geht es um die Beantwortung der neuen sozialen Frage, die aber nur in einem

»strategischen 'Magischen Viereck'« möglich wäre: »wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und rechtsstaatliche Demokratie« (F./166) Die alten Methoden greifen nur bedingt. Aber wir brauchen einige von ihnen für den Stop des Sozialabbaus, für gerechtere Steuern, für die Sicherung einer breiten Beschäftigung. Nur, dabei stehen bleiben dürfen sie und wir nicht.

STEFAN BOLLINGER

Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR, Metropolis-Verlag Marburg 1998, 339 S. (58,00 DM)

In den Standardlexika zur Wirtschaftswissenschaft bzw. über bedeutende Wirtschaftswissenschaftler, die in den achtziger Jahren verlegt wurden, fand von den DDR-Ökonomen allein der Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski Berücksichtigung. In den Nachschlagewerken zum marxistischen Denken der neunziger Jahre räumte man einzig Fritz Behrens und Arne Benary Platz ein. Beide waren aber der Dissidenz näher als der »Offizialökonomie« der DDR, wie G. Krause sie nennt. Eine Rückschau auf die DDR-Wirtschaftstheorie lohnt sich nicht, mag man deshalb meinen. In dieser Situation ist es erst einmal ein Verdienst des Autors Günter Krause, schon vor der »Wende« mit der Geschichte ökonomischer Theorien – vorwiegend des westlichen Auslandes – beschäftigt, sich diesem »Unthema« genähert und eine chronologische und systematische Darstellung sowie eine erste Wertung versucht zu haben.

In vier Kapiteln, angelehnt an gängige Periodisierungen der DDR-Geschichte (1945-1949, 1949-1962, 1963-1971, 1971-1989), hat Günter Krause Ausgangslage, Institutionalisierung und die jeweilige Anpassung der Wirtschaftswissenschaften an die von der SED-Führung verkündete »neue Entwicklungsetappe« des DDR-Sozialismus beschrieben. Ab den fünfziger Jahren stellt der Autor eine Ausdifferenzierung der marxistischen Wirtschaftslehre in der DDR fest. Für die sechziger bis achtziger Jahre verfolgt er deshalb in seinem Band die Entwicklungen

auf dem Gebiet der Theorie der Warenproduktion im Sozialismus, der Geld- und Preisökonomie sowie der Entwicklung der Reproduktions- und Wachstumstheorie jeweils in gesonderten Abschnitten. In den Kapiteln und Abschnitten steckt ein gerüttelt Maß an Forschungsarbeit und man kann Günter Krause nur dankbar sein, daß er soviel Mühe in dieses heute von manchen als »für immer erledigt« geltende Kapitel der DDR-Wissenschaftsgeschichte gesteckt hat.

Natürlich konnte der Autor nicht beim Beschreiben stehenbleiben. Er mußte auch werten. Und da fangen die Probleme an. Welches sind die Kriterien zur Beurteilung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung eines Landes? An welche von ihnen kann, sollte oder muß sich der Autor halten?

Ein erster Versuch wäre die Untersuchung der Häufigkeit des Zitierens der ostdeutschen Wirtschaftswissenschaft(ler) in internationalen Nachschlagewerken. Das Ergebnis ist – wie bereits erwähnt – wenig ermutigend; selbst dann, wenn man sich auf die sozialistischen Länder beschränkt und die Häufigkeit der Nennungen von DDR-Wirtschaftswissenschaftlern mit der der Wirtschaftstheoretiker aus Ungarn, Polen, Jugoslawien und der Sowjetunion vergleicht. Eine »Provinzialökonomie« also, meint G. Krause. Doch das ist noch eines seiner mildereren Urteile.

Die DDR-Wirtschaftswissenschaften wären gefangen gewesen »im Gehäuse der ideologischen Hörigkeit und Normen, das beträchtliche Denk- und Erkenntnisblockaden in ökonomischen Sachangelegenheiten verursachte«, so lautet ein weiteres Urteil von Krause (S. 270). Doch, so fragt man sich unwillkürlich, verhält sich die in einem Lande dominierende wirtschaftswissenschaftliche Lehre in der Regel wirklich anders, und kann sich anders verhalten? Fast alle auftretenden Probleme vom Standpunkt der von der Regierung favorisierten Wirtschaftstheorie, heute der des Neoliberalismus, zu interpretieren und ohne Bedenken nicht nur der sozialen, sondern oft auch der volkswirtschaftlichen Folgen, den Zeitgeist bedienende Ratschläge zu liefern – daran kranken zumindest seit Beginn der neunziger Jahre auch die Wirtschaftswissenschaften der Bundesrepublik. Neokeynesianistischen »Abweichlern«, unbeliebten

Kritikern der Politik der Regierung wird der Entzug staatlicher Forschungsgelder angedroht, um sie einsichtig zu machen. Meist nicht ohne Erfolg. Bezogen auf die Bundesrepublik der neunziger Jahre und bezogen auf das Verhältnis von Wissenschaftlern und Staat waren Verhalten und Vorschläge der DDR-Wirtschaftswissenschaftler keineswegs unvergleichlich anders, und damit wohl kaum unter dem üblichen Niveau. Aber kann man von den Wirtschaftswissenschaften politische Unabhängigkeit überhaupt verlangen? Kein geringerer immerhin als Schumpeter hat sie eine »Weltanschauungswissenschaft« genannt. Wie gesagt, das Problem ist die Meßlatte: Das Ergebnis ist schon recht verschieden, wenn man statt einer imaginären idealen eine wirklichkeitsbezogene benutzt.

Die »theoretische Ökonomie in der DDR hätte keinen wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung gehabt, allenfalls temporär,« bemängelt G. Krause. Aber ist das nicht auch hüben und drüben in Deutschland die Regel gewesen?

Betrachten wir nur das jüngste Jahrzehnt. Mit den Worten »Es geht um mehr als Ökonomie« fegte Bundeskanzler Kohl, als er im Februar 1990 die Währungsunion als nächsten Schritt zur deutschen Einheit verkündete, die Bedenken der fünf »Wirtschaftswesen«, die den Einigungsprozeß mit der Währungsunion nicht beginnen, sondern abschließen wollten, hinweg. Hatte sich zunächst kaum einer der westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler für das ab Juli 1990 die Wirtschaft im Osten Deutschlands komplett ruinierende Projekt »Währungsunion sofort« ausgesprochen, so dauerte es nicht lange, bis die ersten prominenten Wirtschaftswissenschaftler begründen halfen, was der Kanzler als Politiker für zweckmäßig hielt.

Gewiß, es gab Perioden in der Bundesrepublik, in der ein Erhard sich um die Verwirklichung der Grundsätze der von Eucken, Röpke u. a. Vertretern der neoliberalen Schule entworfenen Wirtschaftskonzeption bemühte und in der Müller-Armack, der »Erfinder« der sozialen Marktwirtschaft, Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium war. Aber auch »der Forderungskatalog, den Müller-Armack 1960 für die zweite Phase der sozia-

len Marktwirtschaft aufstellte,« schrieb der Aachener Wirtschaftswissenschaftler Zinn 1992, »liest sich wie eine Mängelliste, die bis heute nicht abgearbeitet worden ist«.

Günter Krause mag spüren, daß er sich bei dem Versuch, die DDR-Wirtschaftswissenschaften zu beurteilen, auf dünnem Eis bewegt. So plädiert er dann abschließend doch für eine noch zu vollbringende »differenzierte Wertung« der DDR-Wirtschaftswissenschaft, für die er durch »Ausleuchtung ihrer existenten Binnendifferenzierung« (S. 271) noch ungenutzte Möglichkeiten sieht.

JÖRG ROESLER

Arbeitsgruppe Alternative

Wirtschaftspolitik:

MEMORANDUM '98. Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland – Kurswechsel für Beschäftigung, PapyRossa Verlag Köln 1998, 254 S. (29,80 DM)

Alljährlich bereichert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik durch die Veröffentlichung eines MEMORANDUMS die aktuelle Diskussion in der Bundesrepublik. Die kritische Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und sozialen Situation durch die MEMO-Gruppe sowie die unterbreiteten Alternativen und Vorschläge stellen die wichtigste Antwort auf das Jahresgutachten des Sachverständigenrates und auf die offizielle Berichterstattung der Bundesregierung zu wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen dar. Wie der Untertitel bereits erkennen läßt, konzentriert sich der diesjährige Bericht – wie auch schon der vorjährige – auf Probleme der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Polarisierung. Die Überwindung der Misere auf dem Arbeitsmarkt ist das Hauptthema. Neben dem ausführlichen Text enthält der Band eine Kurzfassung nebst einer Liste mit den Namen derjenigen, die das MEMORANDUM unterstützen.

Inhaltlich unterscheidet sich das MEMORANDUM deutlich von anderen Texten, wie sie gegenwärtig von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, aber auch von Jour-

nalisten verfaßt und publiziert werden. So wird der Umbau des Sozialstaates in der BRD als »Abbruch« interpretiert und die marktradikale Politik der CDU/CSU/FDP-Regierung als zu Lasten demokratischer und sozialer Grundrechte gehend kritisiert. Seit anderthalb Jahrzehnten vollzieht sich in Deutschland vor dem Hintergrund wachsender Massenarbeitslosigkeit eine drastische Einkommens- und Vermögenspolarisierung. Die Tatsache, daß für rund 8,5 Millionen Personen oder mehr als ein Fünftel aller Erwerbspersonen Arbeitsplätze fehlen, gilt alenthalben als soziale, finanzpolitische und ökonomische Herausforderung (vgl. S. 12). Für die konservativen Regierungsparteien aber ist es vor allem ein finanzielles Problem steigenden Verwaltungsaufwandes und zunehmender Kosten. Ihre Maßnahmen zielen deshalb auf eine Verminderung der Unterstützung für Arbeitslose, nicht aber auf eine Beendigung der Arbeitslosigkeit. Dies zeigt sich insbesondere in der geringen Bedeutung, die die Regierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zumißt. Offensichtlich gibt es in der Bundesrepublik starke materielle Interessen an einer hohen Arbeitslosigkeit, die sich bislang politisch durchsetzen konnten. Insbesondere kommt dies in der Umverteilung der Einkommen und Vermögen »von unten nach oben« (S. 16) zum Ausdruck, welche nur vor dem Hintergrund einer hohen Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigungsverhältnisse, drastischer Lohnreduzierung und eines forcierten Sozialabbaus möglich ist. Das Ergebnis dieser Politik lautet dann auch: mehr Armut *und* mehr Reichtum. Über ersteres Phänomen, die »neue« Armut, wird relativ viel diskutiert, die Reichtums- und Vermögenskonzentration und -entwicklung hingegen blieb bisher weitestgehend im dunkeln. Insofern ist es außerordentlich zu begrüßen, daß in dem vorliegenden Buch wenigstens ansatzweise gegenüberstellend und kausal argumentiert wird (vgl. S. 110ff.). So lesen wir, daß in den achtziger Jahren nicht nur die Zahl der Armen und der Sozialhilfeempfänger zugenommen hat, sondern sich auch die Anzahl der als »reich« geltenden Haushalte auf knapp zwei Millionen erhöht und damit verdoppelt hat (vgl. S. 125). Die Erklärung dafür ist natürlich, daß unter der Regierung

Kohl die Nettogewinne fünfmal so schnell wuchsen wie die Löhne und die Selbständigen sich von der allgemeinen Einkommensentwicklung abkoppeln konnten. Ebenso bedeutsam dürfte aber auch die Steuer- und Abgabepolitik gewesen sein, die den Normalverdienern einen immer höheren Anteil an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben aufbürdete, die sogenannten Besserverdienenden aber über Gebühr entlastete. Der Rechnungshof von Baden-Württemberg hat die Auswüchse dieser Politik 1997 in einer »Denkschrift«, die hier ausführlich zitiert wird (vgl. S. 141f.), dargelegt. Darin steht u.a., daß mit »steigenden positiven Einkünften« zugleich die geltend gemachten »steuerlichen Verluste« wuchsen. »Einkommensmillionäre machen ca. 55 vH Verluste geltend.« In den letzten Jahren stagnierten trotz günstiger Konjunktur die positiven Einkünfte, die deklarierten Verluste aber wuchsen, so daß Millionäre in der Regel vom Finanzamt Geld zurück erhielten, während für Arbeitnehmer die Steuerlast deutlich anstieg. Dem läßt sich kaum etwas hinzusetzen.

Breiten Raum nehmen die Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Beschäftigungspolitik ein. Ausgehend von der Gewißheit, daß es in absehbarer Zeit kein Wirtschaftswachstum geben wird, das zu einer sprunghaften Ausweitung der Beschäftigung führen wird, schlagen die Autoren vor, das Problem vor allem durch eine Verkürzung der Arbeitszeit zu lösen. Ferner durch die Ausweitung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Sie versprechen sich davon nicht nur »eine Korrektur der bestehenden Ungleichverteilung von Erwerbsarbeit unter den Bedingungen eines wachsenden sozialen, kulturellen und ökologischen Bedarfs«, sondern zugleich auch eine Korrektur der »bestehenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen«. Indem sie hinzufügen, daß sie den öffentlichen Beschäftigungssektor als »Instrument« begreifen, um den öffentlichen Wohlstand »zu Lasten des sich immer stärker privat konzentrierenden Reichtums« zu erhöhen (vgl. S. 166), formulieren sie eine Kriegserklärung, die nicht ohne Resonanz bleiben wird. Tatsächlich kontrastieren die Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Lösung des Beschäftigungsproblems mit der praktizierten Be-

schäftigungspolitik in einer Weise, wie es stärker kaum vorstellbar ist. Bleibt abzuwarten, was die Politik daraus macht.

Wie alle neueren MEMO-Berichte enthält auch dieser ein Kapitel zu Ostdeutschland: »Neue Bundesländer – Angleichung nicht in Sicht«. Besondere Aufmerksamkeit findet hier die Feststellung, daß das wirtschaftliche Wachstum in Ostdeutschland seit 1997 hinter dem in Westdeutschland zurückbleibt und der Abstand dadurch wieder größer wird (vgl. S. 168f.). Erwartungsgemäß sehen die Autoren in den im Ergebnis der öffentlichen Förderung entstandenen Wirtschaftspotentialen in Ostdeutschland eher »ungünstige Voraussetzungen für einen künftigen dynamischen Aufholprozeß« (S. 170f.). Die nach wie vor und noch für sehr lange gegebene »Transferabhängigkeit« des Ostens charakterisieren sie zutreffend als eine »Konsequenz der Transformationsstrategie« (S. 176), die auf Markterweiterung und Deindustrialisierung setzte, nicht aber auf Entwicklung und Integration. Die Alternativvorschläge hierzu (vgl. S. 182f.) nehmen sich allerdings etwas dürftig aus und lassen kein wirklich überzeugendes Konzept erkennen.

Obwohl in diesem Buch kein Platz ist für eine im eigentlichen Sinne theoretische Diskussion, gibt es doch einige sehr wichtige Abschnitte, die erkennen lassen, wo die Differenzpunkte zum neoliberalen mainstream liegen. Dies betrifft insbesondere die Abschnitte 1.1. und 8.1. bis 8.3. Der Verweis auf Frankreich, wo die wirtschaftspolitischen Akzente, anders als in Deutschland, zugunsten von mehr Beschäftigung gesetzt sind und die Abgrenzung vom US-amerikanischen Modell lassen erkennen, in welcher Richtung die Autoren sich die Entwicklung in Deutschland wünschen.

Konsequenter ist die Schlußfolgerung der alternativen Ökonomen, was die künftigen Themen der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung betrifft. Sie plädieren dafür, anstelle der bisher dominierenden Wachstums- und Standortdebatte künftig wieder stärker Verteilungsfragen zu diskutieren. Das bedeutet, sich theoretisch und politisch mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Ursachen die Umverteilung »von unten nach oben«, die in der Bundesrepublik seit andert-

halb Jahrzehnten so offensichtlich praktiziert wird, eigentlich hat. Sie unterstreichen damit ihren bereits 1997 vorgetragenen Standpunkt und markieren möglicherweise einen der Hauptpunkte der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Diskussion der kommenden Jahre.

ULRICH BUSCH

Daniel Haas:

Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit? Das Beispiel der indischen Teppichproduktion, Berliner Studien zur Internationalen Politik, Schriftenreihe der Arbeitsstelle »Politik Chinas und Ostasiens« am Fachbereich Politische Wissenschaften (Otto-Suhr-Institut) der Freien Universität Berlin, Bd. 4, Münster 1998, 142 S.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert, einer Zeit, in der die Globalisierung scheinbar unaufhaltsam voranschreitet, gerät mitunter die Tatsache aus dem Blick, daß Kinderarbeit vor allem in den Ländern des Südens nicht nur bittere Realität ist, sondern in einigen Länder nicht abnimmt, vielmehr sogar tendenziell wächst. In dem Bemühen, international konkurrenzfähig zu bleiben oder auch zu werden, um der Überschuldung zu begegnen und vor allem dem Preisverfall der traditionellen Exportprodukte entgegenzuwirken, spielt die Billigkeit des Faktors »Arbeit« für die Staaten der Dritten Welt eine enorme Rolle. Wie, wenn nicht durch weitere Absenkung des Lohnniveaus – so die Überlegungen der geschäftsführenden Kreise und der herrschenden Elite – sollte sonst der internationalen Konkurrenz begegnet werden? Daß dabei Kinderarbeit als Faktor der Kostenersparnis wieder an Bedeutung gewinnt, ist unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht zufällig, sondern eher zwangsläufig.

Kinderarbeit in den Entwicklungsländern lediglich als Folge der Armut großer Bevölkerungsgruppen zu begreifen, zielt allerdings zu kurz, weil eine solche Betrachtungsweise das »Zusammenspiel externer und interner

Faktoren bei der Entstehung und Konservierung der Kinderarbeit« mehr oder weniger ausblendet. »So gesehen bringt uns der internationale strukturelle Zusammenhang der Kinderarbeit nicht nur zum moralischen, sondern auch zum rein wirtschaftlichen und politischen Kern dieses Phänomens, da die Lebensbedingungen der Kinder in der Dritten Welt eine Folge des weltweiten kapitalistischen Systems sind« (Schibotto; zit. nach S. 36).

Daniel Haas, ein junger und äußerst engagierter Politologe, untersucht im vorliegenden Buch das Problem der Kinderarbeit am Beispiel des nordindischen ›Teppichgürtels‹. Erstmals 1993 und nochmals 1995/96 war er vor Ort in Indien, zuletzt als Stipendiat des Indian Council for Cultural Relations, New Delhi.

Seine Publikation gliedert sich in vier Kapitel. Nach einer Einleitung, in der Fragestellung, Aufbau der Arbeit, Wahl der Methoden und die Quellenlage reflektiert werden, diskutiert der Verfasser im 2. Kapitel das Problem von Sozialstandards in der globalen Ökonomie und von Sozialklauseln in den weltwirtschaftlichen Beziehungen. Kapitel 3., zweifellos der Hauptteil der Analyse, nimmt die Kinderausbeutung in Indien und die damit verbundene Verletzung sozialer Mindeststandards unter die Lupe. Dem schließen sich zusammenfassende Schlußbetrachtungen und ein umfängliches Quellenverzeichnis an.

Gestützt auf vielfältiges und aussagekräftiges Material, versucht Daniel Haas Licht in das Ausmaß der Kinderarbeit und die Einsatzbereiche für ›Kinderhände‹ zu bringen. Betroffen sind vielfach arbeitsintensive Bereiche mit gering entwickelten sozialen Rechten der Arbeiterinnen und Arbeiter und fehlender oder wenig entwickelter gewerkschaftlicher Bewegung. Nach Angaben von NGO's liegt deren Zahl zwischen 110 und 120 Millionen und ist in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent gewachsen. Allerdings schwankt die Bandbreite der Zahlenangaben, da verlässliche Zahlen fehlen, erheblich.

Zu den bevorzugten Bereichen der Kinderarbeit zählten neben anderen arbeitsintensiven und die Gesundheit gefährdenden Tätigkeiten vor allem die Teppichknüpferei. Bei handgeknüpften Teppichen entfällt auf Indien inzwischen rund ein Viertel des Welthandels.

Am Beispiel der indischen Teppichindustrie

werden Ausmaß und gesundheitliche Folgen der Kinderarbeit sowie die Arbeitsbedingungen für die Kinder beleuchtet. Zugleich versucht der Verfasser, die soziale Herkunft der ›Teppichkinder‹ zu erfassen. Er gelangt zu der interessanten aber gewiß nicht unumstrittenen Feststellung: »Langfristig ist es die Kinderarbeit, die Armut verursacht, indem sie Erwachsenen die Arbeitsplätze nimmt, die Löhne drückt, die körperlichen und geistigen Grundlagen einer kommenden Generation von Eltern zerstört und auf diese Weise die Basis für das Entstehen einer neuen Generation von KinderarbeiterInnen schafft. Aus dieser Perspektive wird deutlich, daß Kinderarbeit weniger als Symptom von Unterentwicklung denn als Entwicklungshemmnis gesehen werden muß« (S. 69).

Spannend lesen sich die Betrachtungen des Autors zur Entwicklung der Teppichindustrie und insbesondere zur Produktionsstruktur. Hier wird deutlich, »daß der Weltmarkt eine prägende Einflußgröße ist. Die traditionell vorhandene Mitarbeit von Kindern in Bauernfamilien, die das Handwerk des Teppichknüpfens als Zusatzverdienst ausübten, entwickelte sich erst durch das Auftreten einer weltmarktvermittelten Massennachfrage zu einem sozialen Problem« (S. 76). Im Zuge der unter dem Druck von IWF und Weltbank in den neunziger Jahren erfolgten Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaft des Landes, der Exportförderung durch eine breite Palette von Anreizen und Exporterleichterungen verzeichneten – wie der Autor feststellt – die indischen Unternehmerverbände der Teppichbranche zweistellige Wachstumsraten von Produktion und Export, ohne daß daraus die Armen des Landes direkten Nutzen zu ziehen vermochten. Der Versuch des Autors, die äußerst komplizierten Zusammenhänge zwischen den Versuchen Indiens zur Schaffung international wettbewerbsfähiger Exportindustrien einerseits und der Zunahme ökonomischer Ausbeutung von Kindern in diesen Industrien andererseits zu erhellen, ist aner kennenswert. Mehr als 85 Prozent der weltweiten Nachfrage nach handgeknüpften Teppichen entfielen, nach Angaben von Haas, 1993 auf nur neun Industriestaaten, davon allein 43 Prozent auf Deutschland und weitere 32 Prozent auf die USA. Die Teppichindu-

strie ist zum Spielball weltweiter Nachfrage nach Teppichprodukten geworden. »Die teppichproduzierenden Länder sind in einen ruinösen Preiskampf eingebunden und stark von deutscher und US-amerikanischer Nachfrage abhängig (Nachfrageoligopol)«. Kinderarbeit, Schuldknechtschaft und andere soziale Substandards sind »nicht ohne Impulse aus den ebenso klassischen Abnehmerländern zu erklären« (S. 76). Haas räumt mit dem Mythos auf, daß die »Kinderhände« besonders bei teuren und feingeknüpften Teppichen notwendig seien und zeigt, daß in der Produktion hochwertiger Teppiche in der Regel ältere KnüpferInnen tätig sind, während »Kinderhände« vor allem Massenware niederer und mittlerer Qualität erzeugen. Der größte Teil der international gehandelten Teppiche ist Massenware mittlerer (46 Prozent) und niederer (41 Prozent) Qualität, wobei die Nachfrage nach besonders billigen Qualitäten enorm ansteigt (vgl. S. 73). »Die rasante Ausweitung der indischen Produktion Anfang der neunziger Jahre ist demnach Folge einer verstärkten Massennachfrage nach besonders billigen Qualitäten. Die in diesem Sektor auf geringe Knüpfdichten ausgerichtete Teppichherstellung ermöglichte in großen Teilen der Industrie den Verzicht auf gut ausgebildete Fachkräfte bzw. erfahrene, ältere KnüpferInnen. Die Rahmenbedingungen für die Ausdehnung von Kinderarbeit im indischen Teppichgürtel sind insofern auch internationalen Ursprungs« (S. 75).

Der Verfasser diskutiert die vielfältigen Aktivitäten und verschiedenen internationalen Kampagnen gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie, getragen von NGO's, von Gewerkschaften, UN-Organisationen und von Regierungen der Länder des Nordens. Einen breiten Raum nimmt das Für und Wider von Sozialklauseln im internationalen Handel ein. Durch sie sollen in internationalen Handelsabkommen eine Reihe sozialer Mindeststandards festgeschrieben werden (Gewährung grundlegender gewerkschaftlicher Rechte, Gleichbehandlung und -bezahlung von Frauen und Ablehnung jeder Art von Zwangs- und Kinderarbeit etc.). Haas macht die Positionen der EU, der Gewerkschaften, der ILO, der WTO und anderer Organisationen deutlich.

Mehr oder weniger eindeutig ablehnend ist die indische Position zu Sozialstandards im

internationalen Handel, wird doch nicht zu Unrecht darin ein Versuch der Industrieländer gesehen, willkürlich neue Handelshemmnisse gegenüber den Exporten aus den Entwicklungsländern zu errichten. Bei aller notwendigen differenzierten Betrachtung von Mindeststandards stellt sich Haas eindeutig auf die Seite der ausgebeuteten Kinder.

Man kann dem Verfasser der äußerst spannenden Analyse durchaus zustimmen, wenn er dazu auffordert, das Phänomen der weltweiten Verletzung von Kinderrechten letztlich im Zusammenhang mit den Auswirkungen z. B. des globalen Rüstungswahns, des Handelsprotektionismus und der Exportsubventionierung der Industrieländer, der internationalen Finanzspekulation und der durch sie ausgelösten Währungsschwankungen, des Verfalls der Rohstoffpreise, der teilweisen Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) der Entwicklungsländer, des anhaltenden Süd-Nord-Kapitaltransfers aufgrund der ungelösten Schuldenfrage sowie den negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Strukturanpassungsprogrammen durch IWF und Weltbank zu betrachten (vgl. S. 36). Hier ist dem Verfasser nur beizupflichten, denn wo, so wäre z. B. zu fragen, wird von den Kapitaleignern ernsthaft über soziale Mindeststandards für das international agierende Kapital nachgedacht.

Insgesamt handelt es sich um eine sehr fundierte Analyse, die den Leser anregt, über das Phänomen der Kinderarbeit ernsthaft nachzudenken. Auf die Fragestellung der Studie »Mit Sozialklauseln gegen Kinderarbeit ?« vermochte der Verfasser aufgrund der Zweispältigkeit solcher Maßnahmen zwangsläufig nicht eindeutig zu antworten.

HORST GRIENIG

Ulrich Sander: Szenen einer Nähe:
Vom großen RechtsUm bei der
Bundeswehr, Pahl-Rugenstein Verlag
Nachfolger Bonn 1998, 159 S. (19,80 DM)

Im Gegensatz zur Auffassung von CDU/CSU und FDP, die bei der Übergabe des Abschlußberichtes des Verteidigungsausschusses über

den Rechtsradikalismus in der Bundeswehr am 19. Juni 1998 an die Bundestagspräsidentin und in der Bundestagsdebatte am 24. Juni 1998 erklärten, »daß die Einsetzung des Verteidigungsausschusses überflüssig und unnötig war«, zeigt der Autor dieses Buches, daß der Rechtsradikalismus in der Bundeswehr seine Wurzeln in der Gesellschaft der BRD seit ihrer Entstehung hat.

»Nach Ansicht der Ausschlußmehrheit des Verteidigungsausschusses des Bundestages hat sich schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt herausgestellt, daß es keine rechtsradikalen Tendenzen oder gar rechtsradikalen Strukturen in der Bundeswehr gibt. Dies hätten unter anderem auch die Erkenntnisse des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) bestätigt. Laut MAD seien Ende März diesen Jahres nachweislich 88 Rechtsextremisten in den Streitkräften tätig gewesen.« (Blickpunkt Bundestag, Forum der Demokratie, Juli 2/98, S. 49).

Auch der Autor schildert Einzelfälle aus dem Bundeswehralltag und folgt insofern dem Bundesverteidigungsminister Volker Rühe, der hinter dem Bundeswehrskandal nur solche erkennt: Hinter diesen Einzelfällen aber sieht der Autor Verbindendes und stellt die Vorgänge in den Zusammenhang der Entwicklung und der Militärdoktrin der Generalität – vor allem nach 1989.

Dies findet seinen Niederschlag in den einzelnen Abschnitten des Buches, darunter: – »Woher kommt die Gewalt – Eine Militärkonzeption - und noch mehr Rechtsextremismus.« Sander zeigt hier unter anderem den Zusammenhang zwischen Hitlers Kommissarbefehl von 1941 und dem jetzigen Bildungsinhalt in der Bundeswehr (S. 38/40)

– »Alte und neue Nazis immer dabei – Sammelbecken der ultrarechten Krieger.« In diesem Abschnitt stellt Sander unter anderem das Wirken der ehemaligen Offiziere der Wehrmacht, insbesondere der Ritterkreuzträger, als Vorbilder der Bundeswehr heraus und im Gegensatz dazu die Behandlung der ehemaligen Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR, die nach 1989 vor Gericht gestellt wurden und zum Teil zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, auch wenn es sich um Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand handelte, wie z.B. Heinz Keßler (S. 53/54).

– »Heusinger verehren oder ausgrenzen? Dann lieber verehren. – So hält es die Bundeswehr mit den Traditionen und dem Vernichtungskrieg.« Sander hebt das Wirken der Generale Graf von Kielmannsegg, Ulrich de Maiziere, Heusinger und Speidel – die Hitler aktiv beim Vernichtungskrieg dienten und danach Adenauer beim Aufbau der Bundeswehr halfen heraus und weist nach, daß sie heute in den Streitkräften immer noch als Vorbilder dienen. Man erkennt, daß die Bundeswehr seit ihrer Gründung ein Sammelbecken für Nationalisten und autoritäre, konservative Kräfte ist. Sie ist aufgebaut von Offizieren, die aus dem Generalstab Hitlers übernommen wurden und ist daher bis heute mit der Glorifizierung von Generälen der NS-Zeit und der Legende von der sauberen Wehrmacht verhaftet.

Dies und auch die anderen Abschnitte des Buches zeigen im Gegensatz zur Mehrheit des Bundestages, daß die Bundeswehr zur wichtigsten Operationsbasis des organisierten Neofaschismus geworden ist. (S. 121).

Einige gute Dokumentationen ergänzen Sanders Beweisführung:

Was verbirgt sich hinter Namen von Kasernen und anderen Gebäuden der Bundeswehr (zusammengestellt von Jacob Knab und Ulrich Sander); Nazigenerale im Kalten Krieg (Lorenz Knorr); Tagebuch aus der Truppe (Martin Z. Schröder); Ich beobachte mit Sorge die nicht eingehaltene Distanz zur Wehrmacht (Claire Marienfeld); Aus TV- und Presse-Dokumentationen.

Dieses Buch ist eine aktive Unterstützung für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus, insbesondere in der Bundeswehr. Es sollte aber auch dazu dienen, in der Erziehung der Jugend diese über den heutigen Geist in der Bundeswehr aufzuklären und im Zusammenhang mit der Geschichte der Nationalen Volksarmee der DDR helfen, das Geschichtsbild über die Zeit von 1933 bis 1989 in Deutschland differenzierter darzustellen. Nur wer die Geschichte, die Traditionen, die Funktionen, die Ideologie und die Feindbilder der Bundeswehr kennt, kann über die jüngsten Skandale in der Bundeswehr nicht überrascht sein.

HORST ANDEXEL

Rainer Noltenius (Hrsg.):
Alltag, Traum und Utopie.

Lesegeschichten-Lebengeschichten,
Schriften des Fritz-Hüser-Instituts für
deutsche und ausländische Arbeiter-
literatur, Reihe 1: Ausstellungskataloge,
Band 7, Klartext Verlag Essen 1989,
168 S.

Rolf Schwendter: Utopie.

Überlegungen zu einem zeitlosen
Begriff, Edition ID-Archiv Berlin-
Amsterdam 1994, 119 S.

Die Publikation von Noltenius ist der Katalog einer Ausstellung, die 1988 vom Kulturamt der Stadt Dortmund und den Ruhrfestspielen Recklinghausen organisiert wurde. Im Mittelpunkt des Ausstellungs- wie des Publikationsprojekts steht das Verhältnis der Medien – Literatur, Filme und Fernsehsendungen – zu ihren KonsumentInnen.

Dabei geht der Herausgeber in seinem Beitrag davon aus, daß LeserInnen, KinogängerInnen oder FernsehzuschauerInnen »mündige Mitproduzenten der Medien« und keine »Konsumenten« (S. 7) sind. Seiner Auffassung nach erlaubt die unterschiedliche soziale, religiöse und kulturelle Prägung der RezipientInnen keine grundsätzlichen Verallgemeinerungen. Dem muß allerdings, bei aller Zustimmung zu den vom Herausgeber betonten Differenzen, widersprochen werden.

Die vier vorgestellten Fallbeispiele lassen gewisse Verallgemeinerungen durchaus zu. Es geht um einen Bergmann, Jahrgang 1910, aus einer katholischen Bergarbeiterfamilie, um einen kaufmännischen Angestellten des Jahrgangs 1920 aus Wuppertal, eine theater spielende und schreibende Bäuerin aus Bochum, Jahrgang 1937, und eine Studentin, Jahrgang 1951, aus Herne. Noltenius macht darauf aufmerksam, daß die Lektürebedürfnisse von den im Leben erfahrenen Defiziten mitbestimmt werden, daß sich in der Medienrezeption jedes Menschen Leit motive heraus bilden und ein Veränderungswille hinsichtlich der eigenen Alltagssituation entstehen kann. Darin sieht er zu Recht ein Stück Alltags utopie. Die emanzipatorische Potenz eines sol-

chen Strebens nach Bildung, wenn es sich denn nicht auf den persönlichen Aufstieg reduziert, ist ebenso unbestritten, wie der Wunsch nach Unterhaltung und Entspannung legitim ist. Die Fallbeispiele und die anschließende Selbstdarstellung eines um Bildung bemühten Arbeiters zeigen aber deutlich die ambivalente Wirkung von Lektüre, Filmen, FS-Sendungen etc. Den Darstellungen eignet – unterschiedlich ausgeprägt – stets ein Mangel an kritischer Distanz, der aus der Eingebundenheit der AutorInnen in die jeweils dominanten Diskurse ihrer Zeit herrührt. Diese verhindert z.B., daß der Bergarbeiter sein u.a. durch Schillers »Wilhelm Tell« vermitteltes Gerechtigkeitsempfinden auf seine Haltung zu den Juden auszudehnen vermag (S.36). Auch die historischen Beiträge über Lese- und Detektivbünde von Jugendlichen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg (Dieter Richter), Arbeiterautobiographien als kind- und jugendliche Literaturrezeption im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts (Ursula Kirchhof), Leseverhalten und Literaturrezeption in den NS-Konzentrationslagern (Rolf D. Krause) und Frau und Film in den fünfziger Jahren (Ursula Lessing) weisen aus, daß sich die emanzipatorische Wirkung von medienvermittelter Bildung nicht in deren Konsum, sondern nur in aktiver und kritischer Auseinandersetzung mit ihr durch die RezipientInnen einstellt, zu der ihr gesamtes kulturelles Umfeld und ihre individuelle Bereitschaft und Fähigkeit beitragen. Ungeachtet des etwas vereinfachenden Herangehens an die Wirkung medienvermittelten Lernens werden in den Beiträgen wichtige Erkenntnisse über das Alltagsverhalten wesentlicher sozialer Gruppen vermittelt. So bemerkt der Verfasser einer Betrachtung über das Verhalten von Kindern zu den Medienangeboten zu Recht, daß »die Ankoppelung ans Mediensystem und die zwanghafte Fixierung auf Horrormaterial nur Folge und Teilmomente eines Beschädigungs- und Einschließungsprozesses sind, dessen soziale, psychologische und kulturelle Implikationen ... noch nicht Ursache von etwas, sondern nur Folge ... eines Arrangements aus sozialer Isolation und verweigerter wirklicher Kommunikation« (S.168) ist. Die Publikation enthält eine Bildergeschichte, die Lesesituationen zwischen 1905 und 1987 dokumentiert, ferner eine

Bibliographie und eine Vorstellung des Fritz-Hüser-Instituts. Die Texte und die eindrucksvollen Illustrationen fügen sich zu einem überzeugenden Bild wesentlicher Segmente der deutschen Arbeiterklasse des 20. Jahrhunderts zusammen. Dieses zeigt allerdings, daß unter den jeweils bestehenden kulturellen Bedingungen das den vorgestellten Individuen zugängliche Medienangebot ihre latenten emanzipatorischen Potenzen nicht entwickeln und ihnen keinen Zugang zum Utopischen über sehr vage Hoffnungen auf ein besseres Leben und eine gerechtere Gesellschaft hinaus vermitteln kann.

Rolf Schwendters Broschüre bietet einen kurzen historischen Abriss der Utopien von Thomas Morus bis Ernst Bloch, dem sich eine Erörterung des Begriffs und der Strukturgeschichte der Utopie anschließt. Dem Autor geht es dabei vor allem darum, den Vorwurf zurückzuweisen, Utopien seien statisch und latent totalitär, und nachzuweisen, daß utopische Projekte auch in der Gegenwart von erheblicher Bedeutung sind und emanzipatorische Funktionen in der Gesellschaft ausüben. In jüngerer Zeit handle es sich allerdings nicht mehr um geschlossen-statische Utopien, sondern um »Utopien prozessualen Vorgehens, bei welchen ... auch die Veränderbarkeit der utopischen Gesellschaft selbst kein Tabu ist« (S.2). Der Verfasser weist auf den bedeutenden Stellenwert hin, den Frauen- und feministische Utopien unter den zeitgenössischen Utopien einnehmen und erwähnt die Werke von Monique Wittig, Ursula LeGuins, Joanna Russ u.a.m. Er gehört zu den keineswegs zahlreichen männlichen Autoren, die die Geschlechterfrage zu den offenen Fragen zeitgenössischen utopischen Denkens zählen: »Wie könnte ein, auch erotisches, Zusammenleben zwischen den Geschlechtern, bzw. innerhalb derselben, aussehen, das weder durch Ausgrenzung noch durch Versteinerung, weder durch Gleichgültigkeit noch durch Zwangszusammenhänge gekennzeichnet ist?« (S. 77) Dies ist für ihn eine für die gesellschaftliche Entwicklung wesentliche Frage. Weil Schwendters Utopievorstellung davon bestimmt wird, daß »eine Antwortvielfalt realisiert werde, welche niemandem eine Lebensart aufdrückt, die seinen Bedürfnissen, Wünschen, Prägungen etc. zu widersprechen,

jeweils neigt« (ebda), liegen ihm das von Robert Jungk entwickelte und inzwischen ausdifferenzierte Projekt Zukunftswerkstatt und weitere ähnliche Projekte besonders am Herzen. An ihnen hebt er die »Momente von Offenheit, Prozessualität und Antwortvielfalt« hervor, die »geradezu in den Mittelpunkt des Geschehens« (S. 63) solcher Projekte gestellt werden. Sie zeichnen sich durch eine kritische, eine utopische und eine strategische Phase aus. Dabei eignet ihnen, wie beispielhaft dem 1984/5 entstandenen »Projekt A« von Horst Stowasser, »die Aufhebung der getrennten Bereiche von Leben, Arbeit und Politik« (S. 68). Im Zentrum dieses Projekts stand »ein beispielhafter Vernetzungsprozeß von und für Einzelleute, Gruppen, Initiativen und Projekte« (S. 68f). Diese sollten bereits Formen einer wünschenswerten Gesellschaft vorwegnehmen. Wie aus der vom Verfasser zitierten Selbstkritik einer Pionierin des Projekts Birgit Berg von der Wortwerkstatt Poesie und Politik Stuttgart, hervorgeht, sind längerfristige gesamtgesellschaftliche Erfolge ausgeblieben. Offen bleibt, ob dies auf Defizite der »utopischen« oder der »strategischen« Überlegungen zurückzuführen ist. Daraus leiten weder Berg noch Schwendter den Verzicht auf Utopien ab, den sie vielmehr für gefährlich ansehen. Letzterer erkennt aber auch die Bedeutung der derzeit bestehenden utopischen Projekte an, die nur in wenigen Fällen auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen orientieren. Vielmehr konzentrieren sie ihre Bemühungen auf Ausschnitte gesellschaftlicher Reformbedürftigkeit. Es sind Projekte, die sich mit dem Wohnungsnotstand, der Erwerbslosigkeit, dem Alkoholismus, der wachsenden Armut u.a. befassen. Hier wären eine kritische Wertung der bestehenden Projekte und klare Kriterien wünschenswert, nach denen solche Projekte als emanzipatorisch oder eher den Status quo konservierend bewertet werden könnten. Die schwierigste Aufgabe, vor der diejenigen stehen, die sich der Utopie als dem Vordenken, dem Entwickeln von gesellschaftlichen Optionen verschrieben haben, die an die Stelle unserer bestehenden reformbedürftigen Institutionen treten könnten, formuliert Schwendter wie folgt: »Realutopisch zu konstruieren, wie in einer sich wandelnden, von

großen Konzernen beherrschten, von Konkurrenzen und Haßzusammenhängen durch und durch zerfressenen Welt genossenschaftlicher Sozialismus in die Gänge gebracht werden könnte« (S.83). Im Schlußwort erläutert der Verfasser, daß dieser Sozialismus für ihn eine Gesellschaftsphilosophie sei, »die sowohl beständig die gesellschaftliche Wirklichkeit weltweit daraufhin untersucht, wo und wie ... auf gewaltfreie Weise ... Chancen bestehen, zu neuen Formen solidarischer Vergesellschaftungen zu gelangen. Diese müsse gleichzeitig die Tagträume, die Wünsche, die Bedürfnisse, die Interessen der Leute einbeziehen, und dies in ihrer mindestens klassenströmungsbedingten, Verschiedenartigkeit (zu welcher bekanntlich ohne weiteres geschlechtsspezifische, historisch-traditionelle, ethnische, religiöse Verschiedenartigkeiten zu treten pflegen)« (S.101f). Schwenkter gelangt dabei zu dem Schluß, daß es prinzipiell nur zwei Möglichkeiten gäbe: Die weitere Akzeptanz des »Selbstlaufs des Weltmarkts und der diesen dirigierenden Konzerne« durch die »gesamteuropäischen Bevölkerungsmehrheiten« oder der Beteiligung dieser Mehrheiten an der »Wiederauferstehung der Utopie« (S.105).

HANNA BEHREND

Heinz Monz:

Gerechtigkeit bei Karl Marx und in der Hebräischen Bibel –
Übereinstimmung, Fortführung und
zeitgenössische Identifikation,
Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
Baden 1995, 238 S. (69,00 DM)

Schon wieder jemand, der Karl Marx in den Schoß des Christentums heimholen möchte? Weit gefehlt! Heinz Monz geht es in seinem Ergebnis jahrzehntelanger Forschungsarbeit nicht um Parallelen und Vorbilder zu Marx, um den Nachweis irgendwelcher Strukturanalogien oder eschatologischer Visionen (Eschatologie = Lehre von den letzten Dingen). Solche Parallelen lehnt er als vordergründig und spekulativ ab. Er ist einem viel spannenderen Sachverhalt auf der Spur, nämlich der Beantwortung der Frage, welche Vor-

stellungen Marx aus der Welt des Judentums aufgenommen hatte, besonders zugespitzt auf das Problem der Gerechtigkeit. Kurz: nicht Parallelität, sondern Identifikation ist hier die Frage. Das Wesen des Judentums blieb in der Marx-Forschung bisher weitgehend unberücksichtigt, weil es als nicht interessant erschien. »Marxisten beschäftigen sich wenig mit Theologie und Theologen wenig mit Karl Marx« (S. 20). In seinem Geleitwort geht der Großrabbiner von Luxemburg, Dr. Emmanuel Bulz, auf die Auswirkungen von Marx im Judentum ein und meint, daß das marxistische Ideal der gerechten und gleichen Gesellschaft starken Einfluß gehabt habe. Marx' Familie hatte eine weit zurückreichende Tradition in Trier. »Der letzte mit Karl Marx verwandte Rabbiner in Trier war ein Bruder des Vaters, Samuel Marx« (S. 123). Umso einschneidender muß das Erlebnis der evangelischen Zwangstaufe des Vaters wegen der Bestimmungen des preußischen Staats (etwa 1816/17) gewesen sein. Heinrich Marx hätte sonst seinen Beruf als Rechtsanwalt nicht mehr ausüben können, den zu erreichen ihn viel Mühe gekostet hatte. Daß es bei der Taufe nicht um eine Gewissensentscheidung aus freien Stücken ging, wird besonders klar, wenn man die seinerzeit wirksamen staatlichen Kontrollinstrumente berücksichtigt. Seine Frau Henriette wurde noch später getauft, was als Indiz gelten mag, daß die Familie nach wie vor im Judentum verwurzelt war. »Das mehr oder weniger enge Verbundensein von Karl Marx mit dem Judentum stand schließlich – und das ist ein ganz maßgeblicher Gesichtspunkt – in einer unbarmherzigen Konfrontation zu staatspolitischen Erwartungen und Forderungen, die die jüdischen Menschen in echte Not brachten« (S. 142). Die eng gebliebene Verbundenheit wird deutlich an der ausführlichen Erörterung des Gerechtigkeitsbegriffs der Hebräischen Bibel, die eine viel umfassendere Vorstellung von Gerechtigkeit pflegte, als der abendländische (vorwiegend griechisch-römisch geprägte) Inhalt dieses Begriffs umfaßte. Zu nennen wäre noch die Verpflichtung auf die Anliegen der Armen und Schwachen (besonders deutlich bei den Propheten), der Gemeinschaftssinn und der grundlegende historische Optimismus im Judentum. Die ausführlich belegten Ausführungen lassen

deutlich werden, daß es sich nicht um Zufallsfunde handelt. »Für die Thematik der vorliegenden Untersuchung kommt es dabei nicht auf Einzelheiten an; wichtiger ist die Grundhaltung, die überlieferte Grundstimmung in der Familie, für welche die genannten Indizien die Bestätigung liefern. Selbst wenn im Laufe der Zeit diese Grundstimmung abgeflacht sein sollte, würde dies kaum etwas an ihrem ursprünglichen Vorhandensein und an ihren Auswirkungen ändern« (S. 139). Dem Autor geht es nicht darum, bei Marx eine lineare Fortsetzung in der Jugend aufgenommener Vorstellungen bis ins Alter belegen zu wollen, das wäre auch platt und würde den Charakter der menschlichen Entwicklung verkennen. Marx' Bild von der Religion wurde sicher vom Trauma der Zwangstaufe beeinflusst, auch wenn er zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht geboren war. Aber gerade da lohnt sich ein genaues Hinschauen, um die zeithistorische Bestimmtheit der Auffassungen zu analysieren. Ein solches Herangehen macht auch immun gegen schematische Marx-Adepten, die ihre Diskussionspartner mit Marx-Zitaten überhäufen und glauben, damit sei für einen aktuellen politischen Vorgang schon alles gesagt. So wenig Heinz Monz von Spekulationen hält, vermeidet er es aber nicht, seine Haltung als praktizierender Christ zu einigen von Marx' Aussagen über Religion aufzuzeigen. Marx sei durch die enge Verbundenheit von preußischem Staat und evangelischer Kirche ein falsches Gottesbild vorgewiesen worden: »Karl Marx wurde nicht ›Gott‹, sondern ein Götze gezeigt, dem man menschliche Vorstellungen angedichtet hatte« (S. 188). Aus dem vielfältigen Material ergibt sich am Schluß für den Autor die provozierende Frage, »ob die Lehren von Karl Marx schließlich das einzige Band sind, in dem ein Teil des jüdisch-christlichen Erbes noch erkennbar ist« (S. 221). »Wenn man die Frage bejaht, würde das bedeuten, daß die Vorstellungen über die endliche Gerechtigkeit ... mit dem tiefen Inhalt der Würde des Menschen durch die Marxsche Weitergabe auch in vielen Völkern der Erde bekannt würden, in denen die entsprechende ausdrückliche Botschaft des Judentums oder Christentums bisher ganz oder teils unbekannt geliebt ist« (S. 221).

MARTIN-RUDOLF ROSKI

Frank Unger/Andreas Wehr/
Karen Schönwälder:
New Democrats – New Labour –
Neue Sozialdemokraten,
Elefanten Press Berlin 1998,
189 S. (24,00 DM)

Thomas Meyer: Die Transformation
der Sozialdemokratie. Eine Partei auf
dem Weg ins 21. Jahrhundert,
J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1998,
256 S., (24,00 DM)

Das Buch von Unger/Wehr/Schönwälder geht über den eigentlichen Gegenstand hinaus. Neben New Labour und der deutschen Sozialdemokratie werden auch die Demokraten der USA in jeweils eigenen Kapiteln abgehandelt. Diese Herangehensweise eröffnet die Möglichkeit für die Leserschaft, ähnliche neue Phänomene in der Politik zu vergleichen, obwohl (oder gerade weil) der traditionelle Rahmen gesprengt wird. Nicht zuletzt sind die Art und Weise, wie Tony Blair und Gerhard Schröder sich darstellen, zu einem nicht unwesentlichen Teil von dem Phänomen Clinton aus den USA beeinflusst worden. Die AutorInnen des Buches verstehen es, die damit verbundenen Veränderungsprozesse der Parteien selbst deutlich herauszuarbeiten.

Im Unterschied dazu geht Thomas Meyer in seinem Buch »Die Transformation der Sozialdemokratie« ganz traditionell das Thema an. Er widmet sich den Veränderungsprozessen der deutschen Sozialdemokratie von Anfang an. Hervorzuheben ist, daß es dem Autor gelingt, diesen großen historischen Bogen sehr konzentriert abzuhandeln und die tatsächlichen Bruchpunkte ohne Abschweifungen darzustellen. Wer die zuvor vom Autor erschienenen Bücher über die Sozialdemokratie kennt, wird bei den Kapiteln über die Geschichte der SPD Bekanntes wiederfinden. Für die Leserschaft, die einen Einstiegs-Überblick haben will, ist dieses Buch besonders empfehlenswert. Darüber hinaus sind die letzten Kapitel über »Das Parteiensystem im Wandel«, über alte und neue Konkurrenten der SPD und über das Zukunftsprofil der Sozialdemokratie besonders interessant.

Obwohl die deutsche Sozialdemokratie der Gegenstand seiner Untersuchung ist, zieht er Vergleiche zur jüngsten Entwicklung in Frankreich und Großbritannien.

Dennoch sind die Sichtweisen und die Bewertungen der neuen Veränderungsprozesse in der Sozialdemokratie zwischen den AutorInnen beider Bücher recht verschieden. Andreas Wehr resümiert für die SPD, daß sie – möglicherweise in Regierungsverantwortung – nach den Bundestagswahlen nicht mehr die Partei sein wird, die Ende der achtziger Jahre sich den sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zur Aufgabe machen wollte. »Es wird vielmehr eine »modernisierte« Partei sein, die die seit der »geistig-moralischen Wende« nachhaltig veränderten Bedingungen von Politik als gegeben hin nimmt.« (S. 172) Für diesen Autor steht fest, daß »der bereits vollzogene Abbau wichtiger Teile des Sozialstaats auch von einer zukünftigen SPD-geführten Bundesregierung nicht mehr in Frage gestellt werden würde.« (S. 171) Wehr sieht zurecht in der Arbeitsteilung zwischen Lafontaine und Schröder keinen Kampf zweier Linien in der SPD, sondern eine Moderation eines vorsichtigen Anpassungskurses der SPD an die angenommenen Realitäten.

Bei Thomas Meyer finden sich solche relativ klaren Bewertungen über jetzt anstehende Bruchstellen bzw. Zäsuren nicht. Einerseits weicht er solchen Wertungen in Betrachtungen über die Aktualität des Links-Rechts-Schemas in der Politik aus.

Während Meyer viel Wert auf die Kommunikationsprobleme der SPD bei der Bewertung ihrer Erfolge bzw. Mißerfolge legt, steht bei Wehr die Analyse der Beschlußlagen und der innerparteilichen Strömungen im Mittelpunkt. Er zeichnet nach, wie sich das linke Profil der SPD in den achtziger Jahren nach dem Verlust der Regierungsverantwortung ausprägte, dann aber in den neunziger Jahren tendenziell verloren ging, obwohl »die Modernisierer der neunziger weitgehend identisch mit den Erneuerern der achtziger Jahre« seien. (S.146) Treffend bringt er – Detlev Albers zitierend – diesen Vorgang auf den Punkt: »Die Mitte erobert die Linke.« (S. 148)

Meyer gibt vor allem Empfehlungen an seine Partei, was sie beachten müsse, um erfolgreich zu sein. Nach seiner Auffassung

müsse es nach wie vor kontroverse Diskussionen über die gesellschaftliche Entwicklung und die notwendigen Reformprojekte geben, aber in der öffentlichen Kommunikation müsse sie sich darauf verständigen, »wer ihre verbindlichen Handlungsversprechen öffentlich formuliert und in seiner Person repräsentiert«. (S. 214) Diese Sichtweise blendet weitgehend aus, daß das Profil und die innere Verfaßtheit einer Partei auch nachhaltig durch den jeweiligen Spitzenpolitiker geprägt werden. Damit haben wir es beispielhaft gerade gegenwärtig in und mit der Person Gerhard Schröders zu tun. Bei Unger/Wehr und Schönwälder wird gerade diese Seite, die tiefgreifenden Veränderungen der Parteien selbst und ihrer Politik, deutlich herausgearbeitet. Der Kniefall vor dem Neoliberalismus scheint hier – zumindest mittelfristig – nicht aufzuhalten zu sein.

Für Thomas Meyer hingegen scheint das nicht so zu sein. Er sieht »sechs Dimensionen einer erneuerten sozialdemokratischen Identität«: Die SPD müsse den Vorrang politischer Verantwortung vor der Logik der Märkte und für soziale Grundsicherung und Beschäftigung deutlich machen; sie solle Repräsentantin eines ökologisch verantworteten Wachstums sein, die die Idee der nachhaltigen Entwicklung zur Geltung bringt; sie müsse Motor für neue Wege direkter gesellschaftlicher Demokratie sein; die Universalität von Menschenrechten und Demokratie müsse sie mit kultureller Toleranz gegenüber dem Selbstbehauptungsanspruch der unterschiedlichen Kulturen verbinden; sie müsse die treibende Kraft einer Politik der zunehmenden Globalisierung von Demokratie und Verantwortung sein; und sie müsse schließlich sich als Anwalt für eine differenzierte Gleichheitspolitik beweisen. (S. 217) Diese Dimensionen sind in dieser Allgemeinheit durchaus nachvollziehbar, aber sie lassen für die konkrete Politik einen solch breiten Spielraum, daß recht unterschiedliche Richtungen unter diesem Dach denkbar sind, die das Profil gegenüber konservativen Parteien wieder verblassen lassen können. Hier setzt das Dilemma der großen Volksparteien ein: Sie müssen all zu unterschiedliche soziale Schichten und Milieus gleichzeitig bedienen.

HORST DIETZEL